

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Mehmet Yildiz, Cansu Özdemir,
Heike Sudmann, Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch
und Dr. Joachim Bischoff (DIE LINKE)**

Betr.: IT-Verfahren JUS-IT, neue Software in der Sozialbehörde

Bis zum Jahr 2015 sollen 112 Millionen Euro für die Einführung neuer Software inklusive Schulungskosten für insgesamt 1.850 Arbeitsplätze aufgewendet werden. Alte Software wird ersetzt, es kommen neue Schnittstellen, unter anderem zur Polizei, hinzu. Künftig soll es auch elektronische Akten geben. Geschäftsprozesse sollen standardisiert werden.

Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Freien und Hansestadt Hamburg ist es von hoher Bedeutung, dass die Maßnahmen, der Umfang der Software, die Struktur der anschließenden Wartung, Releasewechsel et cetera, die die Kosten verursachen, hinterfragt werden. Völlig offen ist auch, welche Folgekosten dazukommen werden. Die bisherigen Beratungen im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft haben gezeigt, dass die bisher gelieferten Informationen nicht ausreichen, um abschließend zu beurteilen, ob die bisherigen Planungen für die Einführung nach dem Prinzip der Sparsamkeit erfolgten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. umgehend von Dataport, dem Softwarebetreiber und dem Senat unabhängige Experten/Expertinnen einzusetzen, die die Planungen für die Einführung prüfen;
2. die Ergebnisse unverzüglich der Bürgerschaft zur Kenntnis zu geben;
3. der Bürgerschaft quartalsweise, zuerst am 01.07.2011, zu berichten.